



SPD Kreistagsfraktion Ebersberg – Bgm.-Deffner-Straße 16- 85586 Poing
Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Bahnhofstr. 51 – 85617 Aßling

Herrn
Landrat Robert Niedergesäß
Landratsamt Ebersberg
Eochthalstr. 5
85560 Ebersberg

Poing/Aßling, den 13.3.17

Resolution für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen

Antrag an den Kreistag Ebersberg:

Der Kreistag möge beschließen:

Wir fordern die Änderungen der Asyl- und Flüchtlingspolitik:

Menschen, die bereits gut integriert sind und sich eine Perspektive für ihr Leben in Deutschland erarbeitet haben, dürfen nicht abgeschoben werden. Vor der Entscheidung über die Anordnung einer Abschiebung ist eine Einzelfallprüfung durchzuführen.

Insbesondere richtet sich die Kritik an der Asyl- und Flüchtlingspolitik gegen:

- **Sammelabschiebungen nach Afghanistan**

Laut der Bundesregierung soll es dort sichere Regionen geben. Gleichzeitig warnt das Auswärtige Amt „dringend“ vor Reisen nach Afghanistan: „Landesweit kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und andere Gewaltverbrechen kommen.“

- **die rigiden Arbeits- und Ausbildungsverbote**

Pauschal wird die Gewährung einer Arbeitserlaubnis für bestimmte Herkunftsländer ohne Berücksichtigung des Einzelfalles verweigert.

Verweigerung der Arbeitserlaubnis mit Koppelung an die Anerkennungsquote widerspricht der im Asylverfahren vorgeschriebenen Einzelfallprüfung.

- **eine unmenschliche Abschiebepaxis**

Unangekündigt und unter hohem Zeitdruck bei der Abschiebung bleibt meist keine Zeit, um sich angemessen von Freunden und Helfern zu verabschieden.

- **Abschiebungen gemäß dem Dublin-Vereinbarung ohne Einzelfallprüfung**

Die Würde des Menschen gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes kann nur gewahrt werden, wenn die individuelle Situation der Betroffenen berücksichtigt wird. Gegen dieses Gebot verstoßen die o.g. Maßnahmen, da sie keine Möglichkeit vorsehen, vor der Entscheidung über die Abschiebung den Einzelfall zu prüfen.

Darüber hinaus ist die derzeitige Abschiebepolitik ein Schlag ins Gesicht der Gewerbetreibenden, die Arbeitskräfte suchen und die sich bereit erklären, einen Flüchtling oder Asylbewerber einzustellen. Die Gefahr einer möglichen Abschiebung wird die Betriebe davon abhalten, solche Menschen einzustellen. Und wenn sie einen Asylbewerber oder Flüchtling eingestellt haben und nach der Einarbeitungszeit die Abschiebung erfolgt, haben sie Zeit und Geld vergeblich investiert.

In unserer Kritik wissen wir uns einig mit den katholischen und evangelischen Bischöfen, die bereits im September 2016 -also noch vor der Verschärfung der Maßnahmen in den letzten Wochen -die "bayerische Flüchtlingspolitik als unchristlich" kritisiert haben (Süddeutsche Zeitung vom 29.9.2016, S R 13).

Der menschliche Umgang mit jedem einzelnen Menschen ist gelebte christliche Werteorientierung. Dies erwarten wir auch vom Staat und seinen Institutionen.

Mit freundlichen Grüßen

Albert Hingerl
Fraktionssprecher SPD

Waltraud Gruber
Fraktionssprecherin Grüne

Renate Glaser
Kreisrätin

Reinhard Oellerer
Kreisrat